

Im März 2024 hat der Bundesrat zur Bereinigung des Bundeshaushalts eine externe Expertengruppe eingesetzt. Ziel war, dass der Bundesrat wieder strategischen Handlungsspielraum hat, denn Stand heute belaufen sich die strukturellen Defizite im Bundeshaushalt (gemäss Finanzplanung) mittelfristig auf bis zu vier Milliarden Franken pro Jahr. Am 5. September 2024 wurden die Ergebnisse der Expertengruppe im Bericht Gaillard der Öffentlichkeit präsentiert.

Die Ausgaben wurden nach drei Kriterien hin untersucht. Neben der Frage der Effizienz und dem Wachstum der gebundenen Ausgaben ist ein Kriterium die Subsidiarität, resp. werden die Zuständigkeiten der Kantone angeschaut. Es wurde geprüft, ob die Tätigkeiten von Bund und Kantonen sich überschneiden und wo der Bund sparen kann. Konkret werden dadurch ressourcenstarke Kantone mit Zentrumsfunktionen wie Basel-Stadt deutlich mehr belastet.

Die vom Expertenbericht vorgeschlagenen Ausgabenkürzungen in den Bereichen Bildung, Klimaschutz, Gleichstellung, Öffentlicher Verkehr etc., gehen von der Perspektive aus, dass der Bund ein Ausgabeproblem hat, das durch Einsparungen bereinigt werden soll. Die Kosten werden dadurch vielleicht kurzfristig eingespart – in Zukunft wird ein solcher Leistungsabbau aber Kosten generieren, was bedeutet, die Ausgaben werden nicht nur auf die Kantone und die Bevölkerung, sondern auch in die Zukunft verschoben.

Nach den Anhörungen der Kantone hat der Bundesrat auf Basis des Berichtes Gaillard und der Anhörungen nun am 20. September 2024 60 Massnahmen kommuniziert. 2025 wird es eine Vernehmlassungsvorlage geben.

Aus diesem Grund bitte ich die Regierung, folgende Fragen zu beantworten:

1. Der soziodemographische Lastenausgleich soll um 140 Millionen gekürzt werden. Was bedeutet das konkret für Basel-Stadt?
2. In vielen Bereichen wie der Bildung oder im Klimaschutz ist ein Leistungsabbau geplant. Gibt es in den Bereichen auch auf kantonaler Ebene einen Leistungsabbau oder ist geplant, von Seiten Kanton mehr zu investieren?
3. Was plant der Regierungsrat, um die Auswirkungen der im Gaillard-Bericht vorgeschlagenen Einsparungen abzufedern?

Michela Seggiani